bnr.de
blick nach rechts

21. Jahrgang | 18 | 03. September 2004

Rechte Szene 2

Führungsanspruch
Jürgen Rieger mag keine tschechischen und polnischen Neonazis. Auf dem „Heisenhof“ haben seine Anhänger mit den Arbeiten begonnen.

Rechtsextremer Schulterschluss
Auch die NPD-Führungsspitze war beim diesjährigen Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel vertreten.

Aufmarsch mit Musik
Neonaziveranstaltung in Hamburg mit der Rechtsrock-Band "Oidoxie".

Volksvertreter
Die im Juni gewählten rechtsextremen Mandatsträger wurden in die sächsischen Kommunalparlamente aufgenommen.

Wahlen 6

Offene Listen
In Nordrhein-Westfalen kandieren Republikaner gemeinsam mit NPD und DVU.

Protest abschöpfen
Mit einer 18-köpfigen Liste und schlichten Parolen tritt die DVU zu den Landtagswahlen in Brandenburg an.

Entwicklung nicht befördern
Eine Tagung in Potsdam befasst sich mit den Wahlchancen der rechtsextremen Parteien.

Grauzone 9

Rechte Trittbrettfahrer
Mit Tierschutz gegen Hartz IV – „Aufrechter Gang“ will Demonstranten ködern.

Keine Berührungsängste
Vorgebliche Friedensaktivisten haben Kontakte zur extremen Rechten.

Infamer Vergleich
Ein Kabinettstück neurechter Täter-Opfer-Umkehr.

Relativierung durch Gleichsetzung
NS-Opfer und SED-Geschädigte sollen in einem Gedächtnisbrei verrührt werden.

Meldungen 12

Rechte Szene

Führungsanspruch

Jürgen Rieger mag keine tschechischen und polnischen Neonazis. Auf dem „Heisenhof" haben seine Anhänger mit den Arbeiten begonnen.

In dunklen Tarnanzügen, mit Funkgeräten bewaffnet, schleichen Neonazis durch das dichte Gehölz. Erstmalig scheint jetzt Bewegung in die von Jürgen Rieger erworbene Immobilie in Dörverden im Landkreis Verden zu kommen. Kaum zwei Tage nach dem von dem Hamburger Rechtsanwalt organisierten Heß-Aufmarsch in Wunsiedel, werkelten bereits lokale NPD-Angehörige auf dem Gelände des „Heisenhofes" herum. Nebenbei sind die rechten Rieger-Fans tagein tagaus für den Wachschutz des Geländes zuständig – die offenbar arbeitslosen Jungnazis helfen Millionär Rieger, viel Geld für einen professionelle Security zu sparen. Daniel Fürstenberg, Matthias Schulz und Co. treten damit in die Fußstapfen von Kameradschaftsanführer Thomas Wulff, der seine rechtsextreme Karriere als Ordner im Rieger-Schulungszentrum Hetendorf begann. Am Rande des Heß-Spektakels in Wunsiedel hatten Fürstenberg aus Bremen, der JN-Stützpunktleiter Verden Sascha Schüler sowie der Horst Mahler-Anhänger Johann Huß ein langes Gespräch mit Rieger geführt und Handynummern ausgetauscht. Huß scheint eine Art Hausmeister für Rieger in Dörverden zu sein.

Hintergrund für den Einsatz einer Wachtruppe in Dörverden könnte ein dubioser Brand auf einem von Rieger genutzten Grundstück im Landkreis Rotenburg/Wümme sein. In der Nacht nach dem Wunsiedel-Aufmarsch brannte der Carport einer anliegenden Scheune. Rieger bewahrt dort seit einigen Jahren etwa zehn Militärfahrzeuge und Oldtimer auf. Die sollen jetzt so schnell wie möglich fortgeschafft werden – angeblich nach Schweden, wie Rieger behauptet. Aber in Dörverden stehen genügend Garagen bereit.

Dass Riegers Wehrmachtsfahrzeuge nicht nur Spielzeug sind, hat er bereits 1993 bewiesen. Im April stoppte eine Polizeistreife in Reinbek (Kreis Lauenburg) Rieger. Gemeinsam mit Thomas Wulff sei er in Kampfmontur und mehreren Wehrmachtsfahrzeugen auf dem Weg zu einem „Veteranentreffen" gewesen. Die Fahrt kostete Rieger damals über 7000 Euro, weil einer seiner VW-Kübelwagen mit Abzeichen der 12. SS-Panzerdivision „Hitlerjugend" und SS-Runen gekennzeichnet war. Etwas später kassierte die Polizei zwei Panzerspähwagen, die Rieger von der sächsischen Polizei erworben hatte, ein.

Die NPD-Anhänger aus Verden stehen aber nicht nur Wache in Dörverden. Wie es aussieht. richten sie sich auch in einem der geräumigen Gebäude häuslich ein. Noch vor wenigen Wochen hielt die JN Verden eine politische Schulung mit 21 Personen in der entfernten „NPD-Scheune" von A-dolf Dammann in Bargstedt bei Stade ab. Demnächst könnten ihre Veranstaltungen in Dörverden stattfinden. Das allerdings möchte der Verdener Oberkreisdirektor Jahn verhindern. In einem Schreiben soll er Rieger aufgefordert haben, dem Landkreis innerhalb von einer Woche mitzuteilen, ob das Grundstück bewohnt und von wem es genutzt wird. Gerüchten zufolge will Rieger demnächst eine siebenköpfige Familie aus Schweden auf dem Gelände unterbringen. Dem „Weser-Kurier" aus Bremen hatte Rieger vor kurzem erklärt, dass er seine Pläne bezüglich der Entwicklungen des „Heisenhofes" vorgezogen habe.

Der Kauf der Großimmobilien und die zahlreichen Neonazi-Teilnehmer in Wunsiedel scheinen Rieger inzwischen zu Kopf gestiegen zu sein. Als ein junger Anhänger ihn im Internet für seine ablehnende Haltung gegenüber Neonazigruppen aus Polen und Tschechien in Wunsiedel kritisiert, erklärt Rieger unmissverständlich: „Das es seit 2001 wieder Heß-Gedenkmärsche gibt, habe schließlich ich erst durch meine Anmeldung, dann durch das gerichtliche Erstreiten möglich gemacht...." Rieger scheint seinen Führungsanspruch innerhalb der rechten Szene auszubauen. Gegenüber dem Kritiker aus den eigenen Reihen stellt er klar: „Wenn er es in Ordnung findet, dass sich heute Polen und Tschechen als 'Kameraden' anbiedern (…) mag er das gerne tun; in Wunsiedel wird es dergleichen auch künftig nicht geben." Und Jürgen Rieger setzt noch einen drauf: „... auf die paar Polen und Tschechen können wir verzichten".

Andrea Röpke

Rechtsextremer Schulterschluss

Auch die NPD-Führungsspitze war beim diesjährigen Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel vertreten.

Kaum ein Neonazi versteht es besser als Jürgen Rieger, wichtige Teile der zerstrittenen rechtsextreme Szene zu vereinen. Zum diesjährigen Heß-Gedenkmarsch ins bayerische Wunsiedel mobilisierten unzählige Kameradschaften in ganz Europa, sowie in breitem Ausmaß erstmalig auch die NPD. Über 4000 zum Teil gewaltbereite Rechtsextremisten nahmen teil.

Pflichtschuldig und aufgeregt erwartete der Versammlungsleiter des Rudolf-Heß-Aufmarsches seine Anhängerschar vor der Polizeiabsperrung zum Treffpunkt an der großen Kreuzung Hofer Straße Ecke Bahnhofstraße. Den zentralen Veranstaltungsplatz am Bürgermühlweiher hatten ihm Bürgermeister und Landratsamt noch erfolgreich verweigern können. Darüber war Jürgen Rieger mehr als erbost, das ließ er die umstehenden Polizeibeamten immer wieder spüren. Als auch noch eine zierliche Journalistin vom tschechischen Fernsehen auf ihn zutrat und um ein Interview bat, platzte es aus Rieger heraus: „Ich rede nicht mit Tschechen!“

Fast endlose Kolonnen von Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet trudelten ein. Viele hatten schwarze Fahnen und Stoffbanner unter dem Arm, jedes einzelne wurde ausgerollt und akribisch von der Polizei kontrolliert. Es hagelte Beschimpfungen von allen Seiten. Zwei ältere Rechtsextremisten beschimpften den stellvertretenden Bürgermeister Wunsiedels, Matthias Popp, als er ihnen den Zutritt zum sonstigen Versammlungsort verweigerte. Einer hob wutentbrannt den Arm und drohte in Richtung Lokalpolitiker: „Wir wissen ja wo du wohnst!“

Anders als im vergangenen Jahr war die Grundstimmung äußerst aggressiv. Journalisten und Fotografen wurden immer wieder unverhohlen Prügel angedroht. Ein farbiger Polizist wurde lauthals als „Nigger“ und „Banana“ beschimpft. Sogar der ansonsten coole Rieger-Freund Thomas Wulff erreichte nur lädiert den Versammlungsort. Der sei bei einer Polizeikontrolle ausgerastet und von Beamten einer bayerischen Sondereinheit im Gesicht verletzt worden, erzählten Beobachter.

Das Erscheinungsbild der Heß-Veranstaltung gab diesmal kaum Subkulturerscheinung her. Wer Lack trug, trug ihn in Schwarz. Tätowierungen wurden dezent verdeckt, viele Glatzen bedeckten dunkle Mützen. Manche trugen sogar weißes Hemd und Schlips. Mit der von Bundesordnerleiter Manfred Börm auferlegten Disziplin haperte es jedoch, immer wieder griffen Skinheads heimlich zum Bier. Kameradschaftsführer Thorsten Heise aus Fretterode betrieb den einzigen CD-Verkaufsstand. Die jungen Kameraden standen Schlange, um die neuen Rechtsrock-Sampler wie „Amalek 2“ zu erwerben. Einige die sich trauten, den umtriebigen Neonazi leise nach der „Gratis-Schulhof-CD“ zu fragen, bekamen keine Antwort auf die Frage, wann es mit der Verteilung nun losgehe.

Hass auf die Gegendemonstranten geschürt

Der Kameradschaftsführer aus Nordrhein-Westfalen, Christian Malcoci, übernahm in diesem Jahr die Leitung auf der provisorischen LKW-Bühne. Engagierte Aktivistinnen wie Daniela Wegener und Inge Nottelmann verhielten sich auffällig unauffällig. Einzig aus der Anhängerschar des Neonazi-Querulanten Christian Worch war Ivonne Mädel aus Thüringen erschienen. Sogar Gerd Ittner aus Nürnberg blieb fern.

In seiner wütenden Ansprache schürte Rieger den Hass seiner Gefolgschaft gegen die antifaschistische Gegenkundgebung auf dem Marktplatz von Wunsiedel unermüdlich. Er karikierte die Gegendemonstranten als gemeingefährliche Horden, warnte immer wieder vor Angriffen und forderte zur Gegenwehr auf.

Brisant wurde die Situation, als Rieger eine Unterbrechung der Kundgebung bekanntgab, weil die Polizei sieben Busse mit Anhängern an Vorkontrollen aufhielt. Aufgeheizt von Riegers aggressiver Rede zogen die Neonazis in großen Gruppen in Richtung Marktplatz und Gegendemonstranten. Wie Rieger gefordert hatte, trugen viele von ihnen Fahnen und demonstrierten Stärke. Schnell kam es zu schwerer Randale zwischen Neonazis und Polizeieinheiten. Insgesamt wurden

fast 80 gewaltbereite Rechtsextremisten festgenommen, viele von ihnen wegen verbotenem Waffenbesitz.

Versammlungsleiter Rieger machte während der ganzen Veranstaltung keinen Versuch die Gewalt zu bremsen, im Gegenteil, er sagte laut ins Mikrophon: „Also da geh' ich mal davon aus, dass keiner Waffen bei sich hat. Wer also noch eine Uzzi im Jackett hat, der soll sie beim Marsch nicht bei sich führen, sondern lege sie in einem Gebüsch hier ab."

Äußerst aggressive Grundstimmung

Der sächsische NPD-Spitzenkandidat für die kommenden Landtagswahlen, Holger Apfel, und Parteichef Udo Voigt standen wortlos lächelnd daneben. Immerhin war der Schulterschluss zwischen Freien Nationalisten um Rieger und NPD-Spitze in diesem Jahr erstmalig gelungen und Voigt hielt eine lange Rede, in der er Schröder als „Kanzler der Alliierten" und „Speichellecker" beschimpfte. Im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen schrie Voigt ins Mikrophon: „Wir haben Kraft geschöpft, wir haben gesehen, dass wir uns regeneriert haben".

Einzig starke Regengüsse kühlten die erhitzten Kahlköpfe immer wieder gehörig ab. Auffällig viele europäische Neonazis standen erwartungsvoll vor der Bühne, um die Grußbotschaften ihrer nationalen Gruppen zu hören. Ein russischer Neonazi beschwor die deutsch-russische Kameradschaft und brüllte – fast fordernd: „Nie wieder Bruderkrieg". Mit Bannern vertreten waren unter anderem die Veneto Fronte Skinheads, die Turiner Sektion von Forza Nuova, Skinheads Steiermark und Bund freier Jugend.

Gegen halb vier setzte sich der braune Trauerzug in Bewegung. Angeführt von Voigt, Rieger und Apfel tauchten Horst Mahler und Rednerin Ursula Haverbeck eher in der Menge unter. Bei den Marschkolonnen dominierte der Anteil der Kameradschaften gegenüber den NPD-Verbänden, die sich nur wenig zu erkennen gaben.

Andrea Röpke

Aufmarsch mit Musik

Neonaziveranstaltung in Hamburg mit der Rechtsrock-Band "Oidoxie".

Der nächste Gig von „Oidoxie" wird in der Szene bereits beworben. Live grölt der Frontmann der braunen Band, Marko Gottschalk, vielleicht schon bald: „Missstände in unserem Land einem jeden sind sie wohlbekannt! Fremde Völker strömen hinein! Es werden immer mehr. Das darf doch nicht sein! (...) Stolze Deutsche leiden tausend Qualen. Der Staat legt uns in Ketten. Doch das ist jetzt vorbei (...) Wir sprengen die Ketten, und schlagen uns frei! Wir kämpfen für Deutschland (...) Und schreien immer wieder: Heil, Heil!". Einmal mehr werden die Rechtsrocker bei einer Neonaziveranstaltung die Hauptattraktion sein. Am 4. September soll die Dortmunder Band während eines Aufmarsches durch Hamburg auftreten. „Die Veranstaltung ist erlaubt", bestätigt Hamburgs Vize-Verfassungsschutzchef Manfred Murck. Zwischen 300 und 500 Personen sollen erwartet werden.

Unter dem Motto „Musikfreiheit ist Meinungsfreiheit" hat Christian Worch die Veranstaltung angemeldet. Bereits im Mai dieses Jahres wollte der Neonazichef unter dem Motto in der Hansestadt aufmarschieren, da ein von ihm geplantes Konzert verboten worden war. Da er sich gegenüber der Innenbehörde weigerte, Ort und Zeit der Veranstaltung anzugeben, sprach diese prompt eine „allgemeine Verbotsverfügung" aus. Das Verwaltungsgericht bestätigte das Verbot. Über 500 Rechtsrock-Fans hatte Worch erwartet, der die Musik nach eigenen Aussagen vor allem wegen des Politisierungseffekts mag. Kurzfristig sagte er aber den Aufmarsch durch die Hansestadt ab.

Seit 2001 setzt sich Worch, laut einem internen Schreiben an Führungskader der „Freien Kameradschaften", verstärkt für „Musikveranstaltungen" ein, damit jungen Neonazis „zusätzlich etwas geboten werden" kann. Der gelernte Notariatsgehilfe versucht seitdem, durch Anmeldungen von Rechtsrock-Konzerten Rechtssicherheiten zu erstreiten. Wie bei den Aufmärschen, hofft er so die Spielräume für Aktionen juristisch abzusichern.

Diese Bemühungen unterstützt die Dortmunder Band „Oidoxie“ stets gerne. Bei von Worch angemeldeten Aufmärschen, wie in Leipzig, spielten sie von der Ladefläche eines Lastwagens. „Man hat unsere Väter verraten, Soldaten, die besten der Welt. Helden für Deutschland“, sangen sie in Soest. Für Worch so beeindruckend, dass dieser schwärmte: „Wie sie angefangen haben zu singen ‘Helden für Deutschland’, da sind mir die Tränen gekommen.“

Wenn die Dortmunder Band sich außerhalb des juristischen Zugriffs wähnt, spielt sie auf ihren Konzerten auch verbotene Rechtsrock-Klassiker wie das „Hakenkreuzlied“ von „Radikahl“ nach: „Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um, hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz“. Der Mitschnitt des Konzerts auf der Videoproduktion „Kriegsberichter“ eines finnischen Neonazivertriebs blieb jedoch nicht ohne Folgen. Die Behörden ermitteln wegen Volksverhetzung. Gegen die CD „Schwarze Zukunft“ der 1995 gegründeten Band liegt seit 1998 ein Beschlagnahmebeschluss vor.

Andreas Speit

Volksvertreter

Die im Juni gewählten rechtsextremen Mandatsträger wurden in die sächsischen Kommunalparlamente aufgenommen.

Nachdem sich die Mitglieder der Republikaner-Fraktion mit den Abgeordneten aller anderen Fraktionen für die Lokalzeitung hatten ablichten lassen, nahm wenige Tage später die Allparteien-Koalition im sächsischen Freital an der Wiedereinweihung eines Gedenksteins aus dem Jahre 1950 teil. Dessen Inschrift lautet: „241 Kinder, Frauen, Männer – Opfer des amerikanisch-imperialistischen Luftangriffs am 24. August 1944“. Dass neben Zivilisten auch Nazis und Zwangsarbeiter, letztere nannte der Bürgermeister in seiner Ansprache „ausländische Arbeiter“, zu den Toten gehörten, diese Differenzierungen waren erkennbar nicht erwünscht.

Ähnlich reibungslos wurden die beiden NPD-Abgeordneten in Riesa, dem Sitz des Deutschen Stimme-Verlags, in die Ausschüsse des Stadtrats integriert. In Reinhardsdorf-Schöna, der 25-Prozent-Hochburg der NPD (zwei Mandate), hatte man nach Auskunft des Bürgermeisters schon bislang keine Probleme mit den Neonazis, allenfalls mit der PDS. In Chemnitz und in Dresden hatten sich die bisherigen Fraktionen verständigt, keine allgemeine Aussprache zu Beginn der Wahlperiode zuzulassen. Offizielle Begründung: Zeitmangel. So blieb es in Chemnitz dem REP-Fraktions- und neuen Landesvorsitzenden Martin Kohlmann vorbehalten, diese parlamentarische Gepflogenheit – erfolglos – einzufordern.

Während Kohlmann allerdings den Unsicherheiten im Umgang mit seiner fast elf Prozent starken Fraktion mit einigen taktisch klugen Anträgen zu kontern wusste, reagierte in Dresden Holger Apfel als Chef der drei Abgeordneten des Nationalen Bündnisses gewohnt cholerisch. Es sei, so Apfel in der Sitzung, eben dazu gekommen, dass „der kriminelle Antifa-Bodensatz von Dresden versucht hat, das Rathaus zu stürmen.“ „Der geistige Brandstifter in Form des Herrn Lichdi“ von den Grünen war schnell ausgemacht, war er doch der Einzige, der in persönlichen Erklärungen sich deutlich von jeder Zusammenarbeit mit dem NBD distanziert hat. Doch erst als Apfel forderte, dass „der Ausländerbeirat unverzüglich abgeschafft gehört“, war es für die meisten anderen genug. Die überwiegende Mehrheit verließ den Sitzungssaal.

Eine Ausnahme war die konstituierende Sitzung in Görlitz, wo Demonstranten vor und im Rathaus vernehmlich gegen den wegen seiner revanchistischen Plakat-Aktion in Polen ins Gerede gekommenen DSU-Abgeordneten Jürgen Hösl-Daum protestierten.

Lukas Kilian

Wahlen

Offene Listen

In Nordrhein-Westfalen kandieren Republikaner gemeinsam mit NPD und DVU.

Dieser Kommunalwahlkampf könnte Lüdenscheids Wähler in einige Verwirrung stützen. Auf ihrem Stimmzettel finden die Bürger in der 81 000 Einwohner zählenden Stadt im Märkischen Kreis am 26. September zwar auch die Republikaner. Doch in den Wochen vor der Wahl werden sie in ihren Zeitungen Anzeigen des Republikaner-Landesverbandes entdecken können, in denen ihnen von der Wahl dieser Partei abgeraten wird. Dass die REP-Landeszentrale solche Annoncen schalten wird, hat jedenfalls deren nordrhein-westfälische Chefin und stellvertretende Bundesvorsitzende Uschi Winkelsett schon angekündigt.

Winkelsett, zumindest verbal bisher durch ihre Abgrenzung gegen noch weiter rechtsaußen stehende Parteien aufgefallen, dürfte aus allen Wolken gefallen sein, als sie Mitte August eine Mitteilung der NPD mit der Überschrift „Chaotischer wird die innerparteiliche Situation bei den Republikanern" zu lesen bekam. Triumphierend wurde dort notiert: Während Schlierer und Winkelsett am „Dogma" der republikanischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse festhalten würden, müsse die Parteiführung der Republikaner „ohnmächtig zusehen, dass immer weniger Aktivisten zur Vasallentreue bereit sind".

Aktuellstes Beispiel einer Zusammenarbeit, die es eigentlich gar nicht geben dürfte, ist dabei die Kooperation zwischen Republikanern und NPDlern in der Kreisstadt des Märkischen Kreises. Die NPD spricht von einer „offenen Liste der Republikaner". Die ist sogar so offen, dass gleich vier der sechs Kandidaten auf der Liste NPD-Mitglieder sind: auf Platz 2 deren Landesvorsitzender Stephan Haase, auf Platz 4 ihr Kreispressesprecher Axel Schoppmann und auf den Plätzen 5 und 6 Timo Diemer und Tanja Maag. Dass sie quasi aus Versehen zu ihrer Kandidatur gekommen sind, dürfte angesichts der lokalen Prominenz von Haase und Schoppmann ziemlich unwahrscheinlich sein. Von NPD-Seite wird das auch nicht behauptet. Schoppmann: „Im Vorfeld der Wahl konnten sich die lokalen Spitzen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands und der Republikaner auf einen gemeinsamen Wahlantritt in der Bergstadt einigen."

„Betrug an unserer Partei, aber auch gegenüber den Wählern", wetterte Winkelsett. Flugs erhob sie Einspruch gegen das Wahlaufstellungsverfahren ihres Lüdenscheider Ortsverbandes. Mit Ausnahme des REP-Ratsherrn Jürgen Thiel, der die Liste wieder anführt, hätten an der Nominierungsversammlung gar keine REP-Mitglieder teilgenommen – von denen es ohnehin in Lüdenscheid nur drei gebe. Stattdessen hätten NPD-Leute als Versammlungsleiter, Schriftführer und Unterzeichner der eidesstattlichen Erklärung über das korrekte Wahlaufstellungsverfahren fungiert. Doch ihre Intervention blieb ohne Erfolg: Nachdem der städtische Wahlausschuss die Liste bereits vor Beginn der öffentlichen Diskussion akzeptiert hatte, gab es eine Woche später auch vom Kreiswahlausschuss mit einer knappen 5:4-Mehrheit grünes Licht für den Wahlantritt der „Republikaner". NPD-Landesvize Timo Pradel kann sich über den Coup seiner Kameraden freuen. Pradel: „Da in NRW die undemokratische Fünf-Prozent-Hürde bereits bei der letzten Kommunalwahl abgeschafft wurde, stehen die Chancen auf einen Einzug der Republikaner, einschließlich des NPD-Landesvorsitzenden, gut."

Derweil kündigte Winkelsett ein Parteiausschlussverfahren gegen Thiel an. Von einer „Unterwanderung" der Partei durch die NPDler ist bei ihr inzwischen nicht mehr die Rede. Statt dessen handele es sich bei der Zusammenarbeit Thiels mit der NPD um eine „abgesprochene Sache ohne unsere Kenntnis". Anders sieht sie möglicherweise eine Kooperation mit der DVU. In der Landeshauptstadt Düsseldorf treten die Republikaner mit einer offenen Liste an, auf der als Listendritter auch der DVU-Kreisvorsitzende Holger von der Heydt kandidiert. Dagegen gibt es von Winkelsett bislang kein Veto. Sie müsste sich – wollte sie auch in diesem Fall intervenieren – mit einem anderen ranghohen Parteimitglied anlegen: Auf der Düsseldorfer Liste tritt mit Björn Clemens immerhin einer ihrer Stellvertreter-Kollegen im Bundesvorstand an.

Tomas Sager

Protest abschöpfen

Mit einer 18-köpfigen Liste und schlichten Parolen tritt die DVU zu den Landtagswahlen in Brandenburg an.

Eine Schlappe musste die rechtsextreme DVU im brandenburgischen Wahlkampf vorab hinnehmen: Das Landgericht Potsdam verbot ihr, das „Bild der verstorbenen Regine Hildebrandt zu Wahlwerbezwecken zu verwenden". Im Fall der Zuwiderhandlung droht ein Ordnungsgeld bis zu 250 000 Euro. Die Partei des Münchner Verlegers Gerhard Frey wollte mit der SPD-Politikerin, wie bereits in früheren Jahren mit dem Bremer SPD-Politiker Wilhelm Kaisen, Wahlpropaganda betreiben.

„Deutsches Geld für deutsche Aufgaben" heißt es auch dieses Mal wieder bei der DVU, die erneut in den brandenburgischen Landtag einziehen will. Wie vor fünf Jahren strotzt die DVU-Programmatik vor rechtsextremen Plattitüden. Als Rezept gegen die Massenarbeitslosigkeit heißt es schlicht: „Deutsches Geld muss in Brandenburg zuerst für deutsche Aufgaben eingesetzt werden!", „Arbeitsplätze in Brandenburg (seien) zuerst für Deutsche" zu vergeben. Verpackt in den Programmpunkt finden sich dann noch die typischen DVU-Forderungen nach „Ausländer-Begrenzung", „Ausweisungen von Scheinasylanten ... Kriegsflüchtlingen, ausländischer Schwarzarbeiter". Aber ohnehin ist man bei der DVU „gegen teure Ausbildung von noch mehr Akademikern, für die kein Bedarf" bestehen würde.

Auch von der aktuellen Protestwelle gegen die sozialen Kürzungen will die Frey-Partei Rahm abschöpfen.: „Sauerer Hartz IV, Wehrt Euch!", „Schnauze voll?, diesmal DVU", lauten die Slogans. Völlig DVU-untypisch sind auf ihrer Website jetzt gar die bundesweiten Termine für die Montagsdemonstrationen veröffentlicht. Schließlich müsse „die Politik vorrangig den einheimischen Landsleuten helfen", verlangt die DVU. Unter sozialer Gerechtigkeit versteht sie unter anderem die „Einführung eines Muttergeldes für Deutsche". Daneben setzt sich die DVU auch für den „Ehrenschutz für deutsche Soldaten" ein und fordert: „Kein Gesinnungsstrafrecht: Volles Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit".

Zu den Wahlen am 19. September tritt die rechtsextreme Partei mit einer 18-köpfigen Liste an. Auf den ersten vier Plätzen rangieren die bisherigen Landtagsabgeordneten. An der Spitze steht die bisherige DVU-Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth, ihr folgt der brandenburgische Landesvorsitzende sowie Landtags- und Kreistagsabgeordnete Sigmar-Peter Schuldt. Platz 3 und 4 belegen die DVU-Landesparlamentarier Birgit Fechner und Michael Claus. Als Nummer 5 wurde allerdings Norbert Schulze, DVU-Kreistagsabgeordneter in Elbe-Elster platziert, der Landtagsabgeordnete Markus Nonninger belegt Platz 6. Er war für den im März 2003 verstorbenen DVU-Parlamentarier Werner Firneburg nachgerückt.

Mit fünf Vertretern und 5,28 Prozent der Wählerstimmen hatte die DVU im Herbst 1999 den Sprung in den Potdamer Landtag geschafft. Rund 1,25 Millionen Euro investierte der Münchner Verleger Gerhard Frey seinerzeit für den Wahlantritt in Brandenburg. Mit einem gigantischen Materialaufwand ist die DVU auch in diesem Wahlkampf wieder dabei. In der Frey-eigenen „National-Zeitung" wird seit Monaten um Spenden dafür geworben. Aktuelle Umfragen sehen die DVU derzeit bei 3,5 (Infratest) beziehungsweise vier Prozent (Forsa).

Zugute kommen dürfte der DVU jedenfalls die mit der NPD vereinbarte Absprache, sich gegenseitig in Brandenburg (nur DVU) und in Sachsen (nur NPD) nicht mit eigenen Kandidaturen in die Quere zu kommen. Schützenhilfe erhält die Frey-Partei von der rechten Konkurrenz Republikaner. In einer Entschließung, die auch in der „National-Zeitung" abgedruckt ist, empfiehlt der Landesvorstand der Berliner Republikaner „allen Interessenten und Mitgliedern beim Brandenburger Urnengang die DVU zu wählen". Der REP-Parteivorstand wird aufgefordert, „sich in Zukunft an den Wahlteilnahmeabsprachen zu beteiligen". Es gelte, „die DVU als einzige im Landtag vertretene Rechtspartei zu unterstützen", wird in dem Aufruf betont, den der Berliner REP-Landesvorsitzende Reinhard Haese unterzeichnet hat.

Gabriele Nandlinger

Entwicklung nicht befördern

Eine Tagung in Potsdam befasst sich mit den Wahlchancen der rechtsextremen Parteien.

„Schnauze voll“ und „Sauerei Hartz IV“ lauten die Wahlparolen, mit denen die rechtsextreme DVU ihren Wiedereinzug in den Brandenburger Landtag am 19. September erreichen will. Noch vor wenigen Monaten haben ihr Wahlforscher kaum Chancen eingeräumt. Zu profillos war ihre bisherige Parlamentsarbeit und die Kandidaten waren völlig unbekannt.

Doch mittlerweile wird ein erneuter Einzug der DVU in Brandenburg ebenso wenig ausgeschlossen wie ein erstmaliger Einzug der NPD in den sächsischen Landtag, wo ebenfalls am 19. September gewählt wird. Grund genug für das Brandenburger Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, sich auf einer Tagung in Potsdam mit den rechtsextremen Aktivitäten im Wahlkampf zu befassen.

Eine Wahlprognose für die DVU mochte Stefan Mayer von der Senatsverwaltung des Inneren in Berlin nicht abgeben. Aber er beschrieb die Bedingungen, unter denen rechte Parteien Erfolge haben können. Da ist zunächst die rechte Stammwählerschaft, die sowohl in Sachsen als auch in Brandenburg über 5 Prozent liegt. Doch in der Regel bleiben viele potenzielle Rechtswähler am Wahltag zu Hause. Je wahrscheinlicher ein Überspringen der 5-Prozent-Hürde im Vorfeld ist, umso besser lässt sich das Stammwählerreservoir ausschöpfen. So könnten Pressemeldungen, die immer wieder einen Einzug rechter Parteien in die Landtagsparlamente prophezeien, diese Entwicklung sogar noch befördern. Auch die Vereinbarung zwischen NPD und DVU, in Brandenburg und Sachsen nicht gegeneinander zu kandidieren und sich gegenseitig zu unterstützen, macht einen Einzug der Parteien in die Landesparlamente wahrscheinlicher. Ein zweiter Faktor für rechte Stimmengewinne ist die Mobilisierung von Protestwählern. Mit dem Unmut über die Hartz-Gesetze könnten die Rechten ein solches Thema gefunden haben. Daher sei dieses Mal eine Wahlprognose besonders schwer.

Ein dritter Aspekt ist die Verankerung der Kandidaten in der Bevölkerung. Die NPD hat bei der Kommunalwahl in Sachsen dort die besten Stimmenergebnisse erzielt, wo sie bekannte Personen, oft selbständige Handwerker, nominierte. Bei der DVU, die jenseits des Wahlkampfes wenige Aktionen macht, spielt die regionale Verankerung keine Rolle. Wohl aber bei der Liste „Ja zu Brandenburg“, mit der die NPD-Abspaltung Bewegung Neue Ordnung zur Kommunalwahl antritt. Mit Mario Schulz, Mathias Wirth und Lutz Meyer wurden dort drei Kandidaten aufgestellt, die bei den letzten Wahlen auf dem Ticket der NPD gute Einzelergebnisse erzielten.

Der Kulturwissenschaftler Rolf Gabriel, der für eine wissenschaftliche Arbeit umfangreiche Studien im rechten Milieu Brandenburgs vornahm, warnte auf der Tagung am 21. August vor einer Unterschätzung rechter Mandatsträger. Die Hoffnung, diese werden sich in der praktischen Arbeit derart blamieren, dass sie bei den nächsten Wahlen sowieso niemand mehr wählen würde, könnte trügerisch sein. So würden die NPD-Vertreter in den Kommunalparlamenten durchaus eigene Anträge einbringen, die manchmal noch von anderen Fraktionen unterstützt würden. Das sei für die Rechten dann ein großer Erfolg.

Über den Umgang mit rechten Parteien entspann sich dann eine längere Debatte unter den meist dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit angehörenden Teilnehmern. Oft waren die Berichte der Praktiker vor Ort ernüchternd. So hätten nichtrechte Jugendliche aus dem brandenburgischen Finsterwalde immer wieder beklagt, dass sie von Rechten, die sich im Bahnhofsbereich aufhalten, bedroht würden. Doch die örtliche Polizei wiegele ab. Auch Teilnehmer aus Fürstenwalde hatten wenig Ermutigendes zu berichten. Für sie reicht es nicht, rechte Parteien und Mandatsträger zu bekämpfen. Man müsse sehen, dass es in der Bevölkerung durchaus Anklang für deren rassistische und antisemitische Propaganda gebe. Dass nicht immer nur auf rechte Aktionen reagiert, sondern selbst offensiv demokratische Werte vermittelt werden sollten, rät Rolf Gabriel. „Demokratie muss mehr sein als eine Methode zur Bestimmung der Regierung“, meinte er unter Beifall.

Peter Nowak

Grauzone

Rechte Trittbrettfahrer

Mit Tierschutz gegen Hartz IV – „Aufrechter Gang" will Demonstranten ködern.

Nach den „Montags-Demonstranten“, die auch in Bremen ihrem Unmut über das so genannte Hartz-IV-Paket Luft machen, hat die rechts von der CDU angesiedelte neue regionale Gruppierung „Aufrechter Gang“ ihre Fühler ausgestreckt. Sie rief unlängst zu einer Protestdemonstration auf, konnte aber lediglich ein kleines Häuflein Unzufriedener auf den Marktplatz der Hansestadt locken. Zu weiteren Unmutsbekundungen wurde bereits eingeladen – obwohl sich bei der Protest-Premiere zahlreiche Gegendemonstranten eingestellt hatten. In dem Aufruf war von einem „gemeinsamen Raubzug unfähiger Politiker“ und „überbezahlter Dilettanten“ die Rede.

Hinter der selbst ernannten „Bürgerbewegung für Bremen und Bremerhaven: Aufrechter Gang“ steht in erster Linie der ehemalige CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Mathias Henkel. Er hatte sich im April 2003 mit seinen Partei- und Fraktionsfreunden überworfen und war der Schill-Partei beigetreten. Deshalb war die rechtspopulistische Gruppierung für wenige Monate in der Bremischen Bürgerschaft vertreten. Allerdings büßte Henkel bei der Wahl 2003 sein Mandat ein und begab sich nach dem Niedergang der Schill-Partei auf die Suche nach einer neuen politischen Heimat.

Den Austritt aus der CDU hatte er mit seinem vergeblichen Widerstand gegen Tierversuche an der Bremer Universität begründet. Kurz nach seinem unfreiwilligen Ausscheiden aus der Bürgerschaft fiel der 57-Jährige durch seinen Einsatz für Maryam Radjavi auf, die in Frankreich unter dem Vorwurf terroristischer Taten inhaftiert war. Dabei ging es unter anderem um angebliche Morde an ehemaligen Mitstreitern. Maryam Radjavi ist Führerin der iranischen Volksmudschaheddin, die vor allem mit Waffengewalt auf einen Sturz des Regimes in Teheran hinarbeiten. In einem Brief an die Regierung in Paris forderte Mathias Henkel ihre sofortige Freilassung.

Zu seiner gegenwärtigen politischen Heimat kürte der Ex-Abgeordnete die Vereinigung „Aufrechter Gang“. Die wurde auf Henkels Initiative hin im Mai 2004 offiziell gegründet. Zur nächsten Bürgerschaftswahl 2007 will sie mit eigenen Kandidaten antreten. Der „Aufrechte Gang“ versteht sich als „politische Selbsthilfegruppe von Bürgern, die die Methoden, mit denen die etablierten politischen Parteien arbeiten, ablehnen und verabscheuen“. Zu den wichtigsten Forderungen zählen eine „Entideologisierung“ des Bildungswesen, mehr Geld und Personal für die Polizei sowie eine Begrenzung der Zuwanderung. Vorsitzender der Gruppierung und designierter Spitzenkandidat ist Mathias Henkel. Als seine Stellvertreter fungieren Marina May und Norbert Kück. Bei Satzung und Programm fällt die besondere Vorliebe für Tierschutz-Belange auf. In der Selbstdarstellung wird betont: „Der Tierschutz hat für uns einen derart hohen Stellenwert, dass wir jedem Mitglied unseres Vereins im Aufnahmeantrag ausdrücklich abverlangen, sich dazu zu bekennen ...“. Die Bewerbung Bremens als Kulturhauptstadt 2010 halten Henkel und seine Mitstreiter für „fragwürdig“. Stattdessen wollen sie die Weser-Metropole in die „Welthauptstadt des Tierschutzes“ verwandeln.

In Sachen „Sozialpolitik“ heißt es beim „Aufrechten Gang“: „Wir werden die Höhe von Sozialhilfeleistungen auf das gesetzlich unumgängliche Maß beschränken (...) und die Attraktivität von Bremen und Bremerhaven für Sozialhilfeempfänger beseitigen.“ Das Liegen in der „sozialen Hängematte“ müsse ein Ende haben.

Thomas Klaus

Keine Berührungsängste

Vorgebliche Friedensaktivisten haben Kontakte zur extremen Rechten.

Ein so genanntes „Deutsches Solidaritätskomitee Freier Irak“ will sich am 25. September am Internationalen Aktionstag aus Anlass des 4. Jahrestags der Intifada beteiligen. Gegen „Krieg und Besatzung“ soll in sechs größeren deutschen Städten (Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt, München, Stuttgart) mobilisiert werden. Aufgerufen wird zu diesen Demonstrationen vom Koordinationskreis „Stoppt die Mauer in Palästina“.

Das „Deutsche Solidaritätskomitee Freier Irak“ wurde am 17. Juli in Köln von „rund 30 Aktiven der Friedens- und Solidaritätsbewegung“ aus verschiedenen deutschen Städten gegründet. Über die Ergebnisse dieser „Antiimperialistischen Koordination“ wurden auch die Adressaten im Mailverteiler des Wiener Rechtsextremisten Martin Schwarz (alias „eisernekrone“) informiert. Einer der Hauptreferenten bei der Veranstaltung war Aziz Alkazaz (Jg. 1942), der über den irakischen Widerstand informierte. Aziz erklärte, „dass es sich bei aller Vielfalt der Formen des politischen und bewaffneten Widerstands und der an ihm beteiligten Gruppen um einen einheitlichen Widerstand der großen Mehrheit des irakischen Volkes handele.“

Alkazaz ist seit 1968 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Orient-Instituts (DOI) in Hamburg, das von dem Islamwissenschaftler Udo Steinbach geleitet wird. Das DOI ist eine wichtige Quelle der Bundesregierung für Informationen über den Nahen und Mittleren Osten; sein Grund-Etat von gut 950 000 Euro wird je zur Hälfte vom Auswärtigen Amt in Berlin und vom Senat der Stadt Hamburg finanziert. Noch zu Jahresbeginn 2003 verteidigte Aziz Alkazaz den irakischen Diktator Saddam Hussein im ARD-Presseclub und führte aus, dass die „Dämonisierung“ Saddam Husseins „leider sehr irrational“ sei. Wegen solcher Aussagen bezeichnet beispielsweise die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl Alkazaz als „Chefpropagandist des Saddam-Regime in Deutschland“.

Keine Berührungsängste hat Alkazaz gegenüber rechtsextremen Kreisen. So stand er 1999 in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Deutsch-Irakischen Gesellschaft der rechtsextremen Zeitschrift „Opposition“ als Interviewpartner zur Verfügung. Mehrfach gern gesehen in den letzten Jahren war Alkazaz als Referent bei dem 1991 gegründeten rechtsextremen Arbeitskreis für deutsche Politik e.V. (AfdP) mit Postfachadresse in Kiel. Vorsitzender des AfDP ist Wolfgang Dahlmann, ehemals Republikaner- und DVU-Funktionär.

Anton Maegerle

Infamer Vergleich

Ein Kabinettstück neurechter Täter-Opfer-Umkehr.

Überraschend solidarisiert sich die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ mit der Entscheidung der Berliner Staatsschutzkammer, den rechtsextremen Anwalt Horst Mahler auf seine Schuldfähigkeit untersuchen zu lassen. Unter der Überschrift „Januskopf des Wahnsinns. Horst Mahler vor Gericht“ konstatiert Doris Neujahr in der Ausgabe vom 20. August 2004: „Wen wundert’s, dass das Gericht sich mit seinem Latein am Ende sieht und nach dem Psychiater ruft?“ Keine Rede also von „Antisemitismus-Keule“ und „totalitärer Meinungsdiktatur“, mit der das publizistische Leitorgan der Neuen Rechten ansonsten reflexhaft die Ahndung von geschichtsrevisionistischen Äußerungen kommentiert. Die Auflösung erfolgt wenig später: Die Autorin schlägt den Sack und meint den Esel, der in diesem Falle Daniel Jonah Goldhagen heißt.

Zur Erinnerung: Das Buch des jüdischen US-Historikers „Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust“ sorgte in den Jahren 1996 und folgende für erregte Diskussionen über die Voraussetzungen des Holocaust in der deutschen Gesellschaft. Goldhagens Grundthese war, dass Radikalität und Umfang des Mordes an den europäischen Juden ihren Ursprung in einem über Jahrhunderte gewachsenen „eliminatorischen Antisemitismus“ der Deutschen hätten. In der anschließenden wissenschaftlichen Kontroverse wollten die wenigsten Historiker Goldhagen folgen: Seine Antworten auf die berechtigte Frage „Warum gerade hier?“ fielen allzu vereinfachend und holzschnittartig aus.

Die Autorin unterstellt eine Dialektik von „persönlichem Wahnsinn“ und der „Paranoia der Gesellschaft“. Und nun kommt der Clou: Mahlers Wahn stelle die andere Seite von Goldhagens Wahn dar, die wie zwei Gesichter eines Januskopfes untrennbar zusammengehören. Obwohl die „Ungeheuerlichkeit“ von Goldhagens Argumentation nicht viel anders klinge als die Mahlers unter anderen Vorzeichen, sah „keine Behörde sich aufgerufen, Goldhagens psychischen Zustand zu begutachten oder zu überprüfen, wie weit er den Straftatbestand rassistischer Volksverhetzung

erfüllt. Im Gegenteil, sein öffentlicher Siegeszug durch Deutschland wurde öffentlich gefördert".

Ein infamer Vergleich: Mahlers Leugnung des Holocaust wird auf die gleiche Ebene gestellt mit dem – wie auch immer unzulänglichen – Versuch Goldhagens, eine Antwort auf die Frage zu finden, warum gerade Deutsche den radikalen und umfassenden Mord an den europäischen Juden vollzogen. Beide sind demnach wahnhaft, nur dass der eine gefeiert und der andere angeklagt wird. Es handelt sich bei diesem Artikel der „Jungen Freiheit" um ein Kabinettstück der Täter-Opfer-Umkehr. Im Gegensatz zum traditionellen Rechtsextremismus ist die Neue Rechte zu klug, den Holocaust zu leugnen. Nach Lektüre des Artikels steht gleichwohl der wahre Täter fest: ein jüdischer Historiker, der die Deutschen mit Kollektivschuld überzieht und den Weg zur „selbstbewussten Nation" verhindert – und der davon um den Verstand gebrachte Anwalt kann einem richtig Leid tun.

Michael Pechel

Relativierung durch Gleichsetzung

NS-Opfer und SED-Geschädigte sollen in einem Gedächtnisbrei verrührt werden.

Der Antrag des CDU-Bundestagsabgeordneten Günter Nooke mit der vernebelnden Überschrift „Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen" ließ deutlich werden: der Union ging es um den Abschied von dem im Bundestag 1999 einvernehmlich beschlossenen Konzept für das Holocaustgedenken. Damit wurde der erstmals im Historikerstreit von Ernst Nolte unternommene Versuch aufgegriffen, den Nationalsozialismus und seine Gräuel durch die Gleichsetzung mit dem Stalinismus und der SED-Diktatur zu relativieren.

Die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Angela Merkel scheiterte angesichts starker Rückendeckung für Korrekturversuche der deutschen Geschichtsschreibung an dem – sicher ehrlichen – Versuch, den instinktlosen Antrag nach nationalen und internationalen Protesten zu verhindern (vgl. bnr 3/04). Es gelang gerade noch, eine Debatte im Deutschen Bundestag ausgerechnet am Holocaustgedenktag, dem 29. Januar 2004, zu stoppen. Inzwischen wurde der „überarbeitete" Antrag im Bundestag behandelt; er ist keinen Deut erträglicher geworden. Die Anfügung eines Satzes über die „Singularität des Holocaust" oder die Einfügung des Wortes „NS-Terrorregime" haben an der Grundtendenz nichts geändert: SED-Geschädigte, Bombenkriegsopfer, Vertriebene sollen wie NS-Verfolgte gezielt in einem Gedächtnisbrei verrührt werden.

Trotz des Appells aller Fraktionen rückte Nooke von seiner Haltung nicht ab; ihm gehe es doch nur darum, auf die im Vergleich mit NS-Gedenkstätten angeblich unzureichende Förderung der DDR-Gedenkstätten aufmerksam zu machen. Kulturstaatsministerin Christina Weiss wunderte sich allerdings über die geringe Zahl der Förderanträge von DDR-Gedenkstätten.

Indessen wurden weitere Versuche bekannt, Nazitäter zu rehabilitieren: ein Mitarbeiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Klaus-Dieter Müller, hat bei der Moskauer Generalstaatsanwaltschaft die Aufhebung von Urteilen der sowjetischen Militärjustiz betrieben. Sein eigentlicher Auftrag lautete, als Historiker in russischen Archiven Forschungen zu betreiben. Er missbrauchte dies, indem er Rehabilitierungsanträge stellte – angeblich, um so besser an Material zu kommen. Dabei verschwieg er jedoch, was er über die Verurteilten wusste. So gelang ihm etwa die Rehabilitierung zahlreicher ehemals in Torgau (Sachsen) inhaftierter NS-Täter, die inzwischen in Halle bestattet wurden. Der skandalöseste Fall ist wohl die Rehabilitierung des NS-Arztes Hans Heinze, der aktiv an der Euthanasie mitgewirkt hatte. In einer Gedenkstunde habe die „Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950", so berichtet SPIEGEL-online, Heinze feiern lassen, weil er unter primitivsten Bedingungen Häftlingen das Leben gerettet hätte. Die Folge Müllerscher Reinwaschung: diese NS-Täter oder ihre Nachkommen und Angehörigen erhalten damit Zugang zu staatlicher Entschädigung.

Klaus-Henning Rosen

Meldungen

Alljährliches Veteranentreffen

Österreich (Klagenfurt) – Am 19. September findet bei Klagenfurt in Kärnten das traditionelle Ulrichsbergtreffen statt. Seit 1958 treffen sich alljährlich auf dem Kärntner Ulrichsberg ehemalige Wehrmachtssoldaten, frühere Mitglieder der SS sowie Angehörige und Verwandte im Geiste aus dem In- und Ausland zum teilnehmerstärksten Soldatentreffen Mitteleuropas. Aus der Bundesrepublik werden unter anderem Angehörige der HIAG, der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger und der Kameradschaft Freikorps Oberland anreisen. (am)

Neonazi wirbt für NPD

Hamburg – Der bekannte Neonazi Thomas Wulff ruft in einem Appell „alle freien Nationalisten" zur Unterstützung der NPD auf. Ein Einzug der NPD ins sächsische Landesparlament am 19. September käme, so Wulff, einem „politischen Dammbruch" gleich: „Das würde jedem Deutschen deutlich machen, welch einen Aufbruch die gesamte nationale Opposition derzeit erlebt und wie weit die etablierten Politiker sich vom Volk entfernt haben." Wulff appelliert an seine Gesinnungskameraden: „Es kommt jetzt auf uns an, Kameraden! Egal, ob in der Partei organisiert oder in freien Zusammenhängen arbeitend – Helft im sächsischen Wahlkampf – Helft siegen!". (am)

Prozessauftakt gegen die "Kameradschaft Süd"

München – Gegen fünf Mitglieder der „Kameradschaft Süd" im Alter von 18 bis 37 Jahren beginnt am 6. Oktober der Prozess. Vorgeworfen wird einem Angeklagten die Unterstützung, den anderen vier die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Das Bayerische Oberste Landesgericht hat die Anklage ohne Abstriche zugelassen. Die fünf Neonazis sollen der innerhalb der Kameradschaft gebildeten „Schutzgruppe" angehört haben, die unter der Regie von Martin Wiese Waffen und Sprengstoff hortete und einen Anschlag auf die Grundsteinlegung für das jüdische Kulturzentrum in München plante. Die Anklage gegen Wiese selbst, dem von der Generalbundesanwaltschaft auch der Vorwurf der Vorbereitung von Sprengstoffverbrechen gemacht wird, und drei weitere Neonazis ist noch nicht zugelassen. Die „Süddeutsche Zeitung" meldete, ihr Prozess beginne voraussichtlich im November. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de